

„Gesellschaftswissenschaften, Naturwissenschaften, Philosophie“

die Antwort

Das Programm der KPdSU und das Programm des umfassenden sozialistischen Aufbaus in der DDR haben die Bedeutung der Wissenschaft für die beschleunigte Durchsetzung des gesellschaftlichen Fortschritts in unserer Patrie allseitig begründet. In stärkerem Maße und in vielfältiger Form sind die wissenschaftlichen Diskussionen auch an den Instituten der Karl-Marx-Universität, in den Lehrveranstaltungen und Forschungsgruppen ebenso wie in marxistischen Kolloquien, Doktorandenseminaren des wissenschaftlichen Nachwuchses und im Vorleserjahr der Genossen Wissenschaftler von der Problematik der Beziehungen zwischen Gesellschaftswissenschaften, Naturwissenschaften und Philosophie durchzuführen. In diesem Grunde fand der Vortrag des Korrespondierenden Mitglieds der Akademie der Wissenschaften der DDR, Prof. B. M. Kedrow (Direktor des Instituts für Geschichte der Naturwissenschaften und Technik an der Akademie der Wissenschaften der DDR), zu diesem Thema ein außerordentlich interessiertes Publikum, das sich vorwiegend aus Nachwuchswissenschaftlern fast sämtlicher Fakultäten zusammensetzte.

Im ersten Teil seiner Darlegungen sprach Prof. Kedrow auf die Beziehungen zwischen Gesellschaftswissenschaften und Naturwissenschaften ein. Wenn er in seinem Vorwort zu seinem Hauptwerk, dem „Kapital“, die gesellschaftliche Entwicklung als einen naturgeschichtlichen Prozeß aufweist, so ist damit sein Standpunkt über die Einheit von Gesellschaftswissenschaft und Naturwissenschaft konzentriert ausgedrückt. Sie ruhen auf den Gemeinsamkeiten der beiden großen Bereiche der materiellen Welt, die bedingt sind durch die Gemeinsamkeit der Objekte (Materiale Determiniertheit, umfassender Naturgesetze, Gesetze der menschlichen Erkenntnis und der Veränderung der Wirkungsweise der Gesetze entsprechend den veränderten Objekten).

Im grundlegenden Unterschied zu marxistisch-leninistischen Auffassungen hat die in der modernen bürgerlichen Philosophie weitverbreitete dualistische Trennung der Gesellschaftswissenschaften von den Naturwissenschaften jene im strengen Sinne des Wortes aus der Wissenschaft ausgeschlossen. Die reaktionäre soziale Funktion dieser Manipulation bestand darin, bis in die unmittelbare Gegenwart hinein den Weg der Erkenntnis von der Erscheinung zum Wesen (Kapital) und von diesem zur revolutionären Praxis gerade für den sozialen Prozeß zu verdunkeln und zu verespieren mit ideologischen Mitteln dem

gesetzmäßigen Fortschritt vom Kapitalismus zum Sozialismus den Weg zu verstellen. Freilich findet sich im Waffengang der imperialistischen ideologischen Divergenz nicht nur eine derartige Aufbauschung der Spezifik der Naturwissenschaften und Gesellschaftswissenschaften bis zu ihrer absoluten Entgegensetzung, sondern ist auch die dem Sozialdarwinismus eigene Gleichsetzung von Natur und Gesellschaft verbreitet, die zur Leugnung des subjektiven Faktors in der Geschichte und damit zu einer fatalistischen Grundhaltung führt.

Natürlich ist neben den Gemeinsamkeiten von Gesellschaftswissenschaft und Naturwissenschaft deren Spezifik zu begreifen. Sie besteht vor allem im grundlegenden Unterschied zwischen der Natur, in der — sieht man von der

unter neuen veränderten Bedingungen — wirken werden. Das Manifest der Kommunistischen Partei von 1848 und das Programm der KPdSU bringen diesen Sachverhalt sehr anschaulich zum Ausdruck.

Von außerordentlich theoretischer und praktischer Bedeutung ist die sich in der Gegenwart abzeichnende Tendenz zur Integration der Gesellschaftswissenschaften und Naturwissenschaften. Dies bezieht sich einmal darauf, daß die Entwicklung der Naturwissenschaft selbst neue soziale Fragen aufwirft und andererseits mit Hilfe der Gesellschaftswissenschaften neue Ergebnisse der Naturwissenschaften vorbereitet und erzielt werden; in der Realisierung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft wird dies besonders

Kongress der letzten Jahre wurde von bürgerlichen Wissenschaftlern ein bemerkenswertes Interesse dem marxistischen Standpunkt bezüglich der Einheit der Wissenschaften und deren Klassifizierung sowie verschiedener synthetischer Aspekte entgegengebracht. (Jüngste Meldungen in der westdeutschen Presse über den XIII. Internationalen Philosophie-Kongreß, der vom 7. bis 14. September 1963 in Mexiko stattfand, lassen dies ebenfalls deutlich erkennen.) Es muß in diesem Zusammenhang ergänzend darauf verwiesen werden, daß sowohl die innere (relativ selbständige) Entwicklung der Wissenschaften diese Integrationsbestimmungen bestimmt, als auch die imperialistische ideologische Divergenz gegen den Marxismus-Leninismus beschleunigt zur Abkehr von Positionen nötigt, die den Einfluß der bürgerlichen Soziologie (im weiten Sinne des Wortes) mindern könnten. Diesen Prozeß sorgfältig zu analysieren sollte eine gemeinsame Aufgabe aller Gesellschaftswissenschaftler in der Auseinandersetzung mit der modernen reaktionären bürgerlichen Ideologie sein. (Diesem Ziel dient u. a. die Vorlesungsreihe am Institut für Philosophie, die dienstags von 16 bis 18 Uhr veranstaltet wird.)

Der zweite Teil des Vortrags war philosophischen Fragen der Naturwissenschaft gewidmet. Im Mittelpunkt standen Probleme der strukturellen und der genetischen Analyse bei der Beantwortung der beiden Fragen: Wie zeigt sich die Einheit der Welt in der Verschiedenheit materieller Strukturen, und wie geht die Erkenntnis verschiedener materieller Strukturen vor sich?

Bei der Mehrzahl der anwesenden jungen Gesellschaftswissenschaftler und Naturwissenschaftler zeigte sich das dringende Bedürfnis, im Rahmen der Karl-Marx-Universität bzw. der einzelnen Fakultäten und Institute, in umfassender und systematisierter Form in die theoretischen und praktischen Probleme der Modellierung eingeführt zu werden. Auch hierzu mehr als bloß angeregt zu haben ist das besondere Verdienst Prof. Kedrows, der seit über vier Jahren ein immer wieder freudig und erwartungsvoll begrüßtes sozietischer Gast unserer Karl-Marx-Universität ist.

Die wissenschaftliche Veranstaltung, die in Anwesenheit von Genossen Dr. G. Kesselbauer, Stellvertreter des Sekretärs der Universitäts-Parteileitung und unter Leitung des Dozenten Dr. W. Müller (Institut für Philosophie) durchgeführt wurde, gestaltete sich nicht zuletzt durch die hier ausdrücklich hervorzuhebende, glänzende Dolmetscherleistung des Genossen Dr. Kröber zu einem eindrucksvollen wissenschaftlichen Erlebnis.

Über einen Vortrag Prof. B. M. Kedrows Von Dr. W. Müller

bewußten Einwirkung des Menschen ab — die Gesetze elementär wirken, während in der Gesellschaft nichts geschieht ohne die bewußte, zweckmäßige Tätigkeit der Menschen. Daraus resultieren auch die Besonderheiten der wissenschaftlichen Voraussage, die es einerseits der Naturwissenschaft gestatten, z. B. die Flugbahn der Sputniks exakt zu bestimmen, und die es andererseits der Gesellschaftswissenschaft ermöglicht, exakt die Unvermeidbarkeit des Sturzes des Kapitalismus und des Sieges des Sozialismus nachzuweisen, das heißt, den Gesamtverlauf voraussehen; jedoch ist infolge der vielfältig verknüpften Faktoren in der gesellschaftlichen Entwicklung ein genaues Datum für dieses oder jenes geschichtliche Ereignis nicht im voraus erfassbar. Unter den charakteristischen Unterschieden zwischen den Naturgesetzen und den gesellschaftlichen Gesetzen ist neben der längeren Wirkungsweise der Naturgesetze und der spezifischen Beziehung der Naturgesetze und der gesellschaftlichen Gesetze zu den Lebensinteressen der Menschen besonders die Problematik der unterschiedlichen Entdeckungsweise der Gesetze zu nennen. Während die Naturwissenschaft Gesetze entdeckt, die bereits seit langem wirken, vermag die Gesellschaftswissenschaft Gesetze zu entdecken, die erst künftig —

prägnant sichtbar. Zum anderen liegt dies in der Tatsache begründet, daß den Dingen und Prozessen selbst gemeinsame Seiten, ihre qualitative und quantitative Bestimmtheit eigen sind; so ist beispielsweise die Vervollkommenheit der quantitativen Methoden zur Erforschung ökonomischer Prozesse ein unabdingbares Erfordernis des beschleunigten sozialistischen Fortschritts. Diesen Prozeß der gegenständlichen Durchdringung und Verfeinerung der Wissenschaften noch zielstrebtiger auch in den einzelnen Instituten unserer Karl-Marx-Universität zu fördern, insbesondere die sozialistische Gemeinschaftsarbeit über die einzelnen Fachgebiete hinaus zu entwickeln, ist eine wesentliche Konsequenz aus den beweiskräftigen Ausführungen unseres sowjetischen Gastes. Auf dem Gebiet der soziologischen Forschung — diese Bemerkung sei dem Berichterstatter gestattet — liegt hier noch ein weites Feld.

Die in der Diskussion von Dr. F. Fiedler (Institut für Philosophie) gestellte Frage, ob sich in der Gegenwart seitens bürgerlicher Philosophen ein Bemühen abzeichne, die selbstgeschaffene Kluft zwischen Natur- und Gesellschaftswissenschaft wieder zuzuschließen, konnte Prof. Kedrow zunächst aus eigener unmittelbarer Erfahrung beantwortet. Auf den internationalen

Kriegsverbrecher Nr. A-16/122 und andere

Seit geraumer Zeit stoßen wir beim Studium der Tagespresse alltäglich auf alarmierende Tatsachen über die faschistische Unterwanderung des westdeutschen Nachkriegs.

Die Justiz, Polizei und sogenannter Verfassungsschutz agieren zahlreiche Prominenten und fanatische Handlanger des Naziregimes — und nicht etwa in untergeordneten Positionen. Einem Spinnennetz gleich verlaufen die Fäden, die sie untereinander verbinden, bis in die Bonner Ministerien, denn auch dort befinden sich z. B. der ehemalige Reichskriegsminister Strauß vor einem Jahr bestätigt — überall gleichviel ehemalige SS-Angehörige.

Wir möchten dieses Zerrbild einer Neuaufgabe des Nazistaates vervollständigen durch den Hinweis auf das Wirken hundert Hochschullehrer und wissenschaftlichen Mitarbeiter des „J. Reiches“, die heute wie damals Apologeten reaktionärer Ideologien sind. Unverhüllt verbreiten sie ihre antihumanistischen, faschistischen Lehren unter der studentischen Jugend Westdeutschlands. Erinnern wir uns ihrer Lehren:

Sie haben damals

Die Errichtung der faschistischen Diktatur verherrlicht; die Macht- und Eroberungsansprüche des deutschen Imperialismus und Militarismus „begründet“; die reaktionären Rassen-theorien zur ideologischen Grundlage der Völkerverhetzung des Massenmordens gemacht.

Sie stehen heute im Dienste

des Revanchismus und Militarismus, des Antikommunismus und der Bonner Atompolitik. Sie sind — wie gesagt — hundert, die an verantwortlicher Stelle im westdeutschen Schulwesen in Lehre und Forschung an der Gestaltung der Bonner Politik mitwirken. Sie, deren Ansichten sich nachweisbar nicht gewandelt haben, erhielten heute die Möglichkeit, die studentische Jugend mit ihren Irrlehren zu verführen.

Verfolgen wir die Spuren

an dem schwersten belasteten und vom Bonner Staat mit hohen Ämtern versehenen Anhänger und Verfechter des Nazisystems:

„Ostlandreiter“

Unter dem Vorwand, die Vergangenheit und Gegenwart des europäischen Ostens wissenschaftlich zu untersuchen zu wollen, richtete Bonn ein dichtes Netz von 80 Hochschulinstituten und Arbeitsstätten ein, in denen an exponierter Stelle einflussreiche Nazilexikone sitzen, die die Erforschung des Ostens vornehmlich zum Zweck der Vorbereitung und Rechtfertigung der Eroberungspläne des deutschen Imperialismus betrieben und wieder betreiben. Hier einige Namen:

— Werner Koch, Direktor des Osteuropäischen Instituts München; einer der außenpolitischen Berater Adenauers und

— Werner Markert, Direktor des Instituts für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde in Tübingen.

Im Jahr 1945 waren beide als „Experten“ im Offiziersrang beim faschistischen Außenamt.

— Otto Schiller, Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim.

Im Jahr 1945: Einer der Initiatoren zur Ausarbeitung des nazistischen „Agrarprogramms“ für die okkupierten Teile der Sowjetunion; vertrat u. a. den Standpunkt der Auslieferung der Kolchosen an die SS.

— Konrad Meyer, Ord. Professor für Landbau und Landesplanung an der Technischen Hochschule Hannover.

Im Jahr 1945: Direktor des Instituts für Ackerbau und Landbaupolitik an der Berliner Universität; SS-Standartenführer und „wissenschaftlicher Berater“ Himmlers; stellte 1942 die endgültige Fassung des „Generalplans Ost“

fertig, demzufolge 30 bis 36 Millionen Polen, Russen, Ukrainer und Belorussen „ausgestoßelt“ werden sollten.

Antisemiten und Erbtheoretiker

Peter-Heinz Seraphim, Prof. Dr., Studienleiter an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Bochum sowie für Volkswirtschaft an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Bamberg; vor 1945: Professor an der „Deutschen Universität“ Prag (1940 bis 1945); beteiligt am Arbeitswissenschaftlichen Dienst der faschistischen DAF; Verfechter der „Theorie“ von der „nordischen Herrenrasse“; die zutiefst reaktionäre und antihumanistische Gesinnung dieses „Wissenschaftlers“ wird neuerlich u. a. durch seine 1962 erhobene Forderung erhellt, die Verantwortlichen der Familienpolitik sollten sich von der „gefährlichen Illusion“ freimachen, daß jedes Kind für die Gesellschaft „gleich wertvoll“ sei und die gleiche Förderung verdiene.

Theoretiker des Faschismus

Ernst Rudolf Huber, Ord. Professor des Öffentlichen Rechts an der Hochschule für Sozialwissenschaft in Wilhelmshaven; vor 1945: Ordinarius an der Universität Straßburg/Elzsa; verfaßte u. a. „Verfassungsrecht des Großdeutschen Reiches“; verherrlichte den Nazistaat als „endgültige und normale Ordnung“ und forderte die „totale Durchsetzung der nationalsozialistischen Weltanschauung in Volk und Reich“.

Berber, Prof. Dr., Vorstand des Instituts für Völkerkunde, Recht und Staatsphilosophie der Ludwig-Maximilians-Universität München; vor 1945: Als Hauptschriftleiter der NS-Monatshefte für auswärtige Politik enger Vertrauter Ribbentrops; veruchte die faschistischen Überfälle auf Frankreich, Belgien, Holland und die Sowjetunion zu rechtfertigen.

Reinhard Höhn, Prof. Dr., Leiter der Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft in Bad Homburg; vor 1945: Ord. Professor für Staats- und Verwaltungsrecht; SS-Heimwehrführer und Führer im Hauptamt des Sicherheitsdienstes (SD).

Sektionen an Lebenden

Außer den geistigen Wegbereitern des faschistischen Völkermordes im zweiten Weltkrieg finden wir an westdeutschen Hochschulen auch solche „Wissenschaftler“, die sich unmittelbar der Ermordung von Menschen schuldig gemacht haben. Einer von ihnen ist

Prof. Dr. med. Siegfried Ruff

Von 1934 bis 1945 war er Leiter des Instituts für Flugmedizin. In dieser Funktion führte er Unterdruck- und Unterkühlungsversuche sowie Sektionen an politischen Häftlingen im Konzentrationslager Dachau durch. Insgesamt wurden etwa 180 bis 200 Menschen zu diesen Versuchen benutzt; allein bei den Höhenflügen kamen 80 Menschen ums Leben.

Ruff ist auf der belgischen Kriegsverbrecherliste unter Nr. A-16/122 aufgeführt. Im Dezember 1946 mußte er sich zusammen mit 22 anderen SS-Ärzten und Wissenschaftlern vor dem amerikanischen Militärgericht Nr. 1 verantworten. In einer eidesstattlichen Erklärung vor Gericht traf er die ungeheuerliche Feststellung:

„Persönlich würde ich diese Versuche, besonders in Kriegzeiten, nicht für unmoralisch betrachten.“ Und dieser Kriegsverbrecher ist im Bonner Staat — Prof. für Luftfahrtmedizin und Physiologie in Bonn, — Leiter des Instituts für Flugmedizin in der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt und — Vorstandmitglied der Deutschen Forschungsanstalt für Luftfahrt.

Diese Beispiele zeigen:

Im Bonner Staat sind nicht nur Beamte, Blutrücker, Generale und Schergen des Naziregimes wieder in Amt und Würden, sondern auch die ideologischen Stützkräfte des Faschismus. Sie alle waren die Säulen des Hitlerstaates, so wie sie heute das westdeutsche Staatswesen stützen. So besiegelt auch unsere Untersuchung einmal mehr die Feststellung in nationalen Dokumenten „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“:

„In der westdeutschen Bundesrepublik wird — durch eine Scheindemokratie getarnt — alles konserviert und beliebt, was es in der deutschen Geschichte an Rückständigkeit, Barbarischem und Unmenschlichem, an Dummheit und Borniertheit — gegen das eigene Volk und gegen andere Völker — gibt.“

Sinn unserer Volkswahlen 1963 ist die weitere Stärkung unserer Deutschen Demokratischen Republik als Staat des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus. Das liegt im Interesse unseres Volkes und jedes einzelnen Bürgers. Die Grundaufgabe unserer Wahlen ist es, auch den letzten Bürger für die Mitarbeit am großen Werk des umfassenden Aufbaues des Sozialismus zu gewinnen.

Wir ziehen in unseren Wahlen die Bilanz unserer Arbeit in den letzten Jahren. Und wir können sagen: Unsere Bilanz ist eindrucksvoll. Sie vermittelt uns ein exaktes Bild des Fundaments, auf dem wir aufbauen, um den neuen Siebenjahresplan von 1964 bis 1970 gut vorzubereiten und durchzuführen.

Für die Richtigkeit unserer Politik und ihrer Ergebnisse gibt es Beweise, die in aller Öffentlichkeit prüfbar sind:

1. Ein Beweis für unsere konsequente Friedenspolitik ist die vorbehaltlose Zustimmung zum Moskauer Abkommen über die Einstellung der Kerntests, die von den Völkern aller Länder mit Genugtuung zur Kenntnis genommen wurde.

2. In dieser Zeit der Wahlen fand die Leipziger Messe statt. Die Messe ist für uns selbst, aber auch für die Besucher aus so vielen Ländern ein Prüfstand für den technischen, ökonomischen, wissenschaftlichen und kulturellen Fortschritt in der Deutschen Demokratischen Republik. Was in diesem Jahre auf der Leipziger Messe an Qualitätsarbeit gezeigt wurde, ist das Ergebnis jahrelanger Arbeit und einer richtigen ökonomischen Politik. Auch in der kapitalistischen Presse wird anerkannt, daß wir auf der Leipziger Messe die Prüfung gut bestanden haben. Unsere Erzeugnisse haben Weltreife. Und die Studiendelegationen westdeutscher Gewerkschafter und viele ausländische Besucher konnten feststellen, daß sich das Lebensniveau der Bevölkerung von dem Lebensniveau der Werktätigen in Westdeutschland, Frankreich und England kaum unterscheidet.

3. Aus dem Bericht des Staatsrates vor der Volkskammer und aus der Teilnahme der Bevölkerung an der Planung und Leitung der Wirtschaft und am gesellschaftlichen Leben ist sichtbar, daß sich unsere sozialistische Demokratie gesund entwickelt. Die Beschlüsse über das neue ökonomische System der Leitung und Planung der Volkswirtschaft tragen dazu bei, bürokratische Fehler und Mängel zu beseitigen.

„Welchen Sinn haben eigentlich unsere Wahlen?“ und „Welche Verantwortung hat ein Abgeordneter, der in den Bezirkstag bzw. in die Volkskammer gewählt wird?“ waren Fragen, die mehrfach auf Gewerkschaftsversammlungen der Arbeiter und Angestellten gestellt wurden.

4. Die Entwicklung des kulturellen Lebens in der Deutschen Demokratischen Republik, die sich auch in der großen Buchausstellung auf der Leipziger Messe widerspiegelt, zeugt von den schöpferischen Leistungen unserer Schriftsteller, Künstler und unserer Werktätigen, die viel Schönes im künstlerischen Volksschaffen zeigen können.

5. Wir sind uns bewußt, daß wir in der Deutschen Demokratischen Republik nur das Weltniveau halten und auf bestimmten Gebieten mithalten können, wenn wir in freundschaftlicher Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und mit unseren sozialistischen Nachbarstaaten, der Tschechoslowakei und Polen, und den anderen volksdemokratischen Ländern die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und die Wirtschaftsbeziehungen vor allem auf den Gebieten entwickeln, die für den Wohlstand entscheidend sind. Diese Zusammenarbeit mit der Sowjetunion entwickelt sich gut, und auch in der Zusammenarbeit mit den volksdemokratischen Ländern im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe sind Fortschritte zu verzeichnen. Das ist eine starke Stütze in dem komplizierten Kampf um die Sicherung des Friedens in Deutschland und um die friedliche Lösung der deutschen Frage auf dem Wege der Überwindung des deutschen Militarismus und Revanchismus.

Wir beraten in unseren Wahlen die konkreten Maßnahmen der weiteren ökonomischen Entwicklung unserer Republik, der Gestaltung der nationalen Wirtschaft.

Wir beraten, wie wir den Höchststand von Wissenschaft und Technik erreichen und die Arbeitsproduktivität steigern, wie die weitere Verbesserung des Lebens der Bürger der DDR voranzutreiben wird.

Wir beraten in unseren Wahlen die Grundsätze der Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik und ihre konkreten Vorschläge zur Beseitigung der Reste des zweiten Weltkrieges und der Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten.

Doch wir beraten in unseren Wahlen nicht nur. Hal das werktätige Volk die Macht in den Händen, so hängt sein Wohlstand von seiner Arbeit ab. Die Teilnahme aller Mitglieder der Gesellschaft an der Arbeit zum Wohle der Gesellschaft und des einzelnen, das ist das Zeichen unserer Freiheit und Menschenwürde.

Die Verantwortung eines Abgeordneten in unserem Arbeiter- und Bauern-Staat erfordert, in allererster Linie, daß er sich immer und überall als Beauftragter und als Vertrauensmann des Volkes betrachtet und mit heißem Herzen und klugem Verstand für die Sache des Volkes, für die Sache des Sozialismus eintritt. Dazu gehört, daß er fest mit dem Volk verbunden ist.

Als Abgeordneter habe ich viele Erfahrungen erworben. Als ich das erste Mal in den sächsischen Landtag gewählt wurde — das war 1956 —, forderte ich in der Rede vor dem Landtag die obligatorische Verkürzung der Arbeitszeit. Seit dem Bestehen der Arbeiter- und Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik sehe ich das Wichtigste in meiner Arbeit in der Erkenntnis des Neuesten, des Fortschrittlichsten und der Entwicklung solcher Methoden der Partei- und Staatsarbeit, damit das Neueste, Fortschrittlichste in schöpferischer Arbeit des Volkes verwirklicht wird. Das ist besonders in der jetzigen Periode wichtig, wo wir uns im Prozeß einer technischen Revolution und zugleich in der Periode der Entwicklung des sozialistischen Lebens der Bevölkerung befinden.

Der Abgeordnete ist bei uns seinen Wählern voll verantwortlich und verpflichtet, regelmäßige Rechenschaft abzulegen, wie er seinen Aufgaben nachkommen ist und sich des Vertrauens des Volkes würdig erweisen hat.

(Aus der Rede Walter Ulbrichts auf der Wählervertreterkonferenz in Leipzig am 9. September 1963.)